

*Die Autorin studierte Politikwissenschaft in Wien, lebt seit drei Jahren in Thailand und arbeitet im Bereich Arbeits- und Entwicklungspolitik bei einer internationalen Organisation in Bangkok.*

Thailands neugewählte Regierung hat zum 1. April 2012 ihr Wahlversprechen einer Anhebung des Mindestlohns von durchschnittlich 175 Thai Baht (circa 4,30 Euro) auf 300 Thai Baht (circa 7,50 Euro) in den sieben reichsten von Thailands 76 Provinzen umgesetzt – eine Ausweitung auf den Rest des Landes ist für den 1. Januar 2013 vorgesehen.

### Erwartungen weit untertroffen

Arbeitgeberverbände, nahestehende Forschungsinstitute und Medien hatten bei Einführung des Mindestlohns vor dem Ende der thailändischen Wettbewerbsfähigkeit, Industrieabwanderung in benachbarte Billiglohnländer, Massenarbeitslosigkeit und inflationsgetriebener Armut gewarnt. Die thailändische Zentralbank hingegen prognostiziert in ihrem Inflationsbericht vom Mai 2012 stabile Wachstumsraten von 6 Prozent sowie sinkende Inflationsraten von 2,5 für 2012 und 2,1 Prozent für 2013. In einem kürzlich erschienenen Artikel in dem Cambridge Journal of Economics analysiert Bruno Jetin Thailands Einkommensentwicklung von 1960 bis 2009. Jetins Studie zeigt eine deutlich sinkende Lohnquote und zunehmende Ungleichheit in der gesellschaftlichen Einkommens- und Vermögensverteilung für die letzten 50 Jahre. Entgegen der Behauptung vieler Arbeitgeberverbände, Thailands Wettbewerbsfähigkeit sei nur durch ein politisch niedrig gehaltenes Lohnniveau sicherzustellen, zeigen Jetins und andere Analysen, dass höhere Löhne einen dringenden Anreiz für Investitionen in Technologie schaffen und zu Wachstum und Stabilität der Binnennachfrage beitragen.

Die politische Bedeutung des neuen Mindestlohns für Thailands Arbeitsverhältnisse hängt aber vor allem davon ab, ob das Gesetz Teil einer größeren und progressiven Reformagenda wird oder ob es sich um eine populistische Einzelmaßnahme handelt. Das Grundproblem der thailändischen Arbeitsverhältnisse bleibt ein veraltetes und repressives Gewerkschaftsrecht, das eine echte Vertretung der Interessen der ArbeiterInnen verhindert. Thailändische Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Nichtregierungsorganisationen organisieren seit weit mehr als zehn Jahren Kampagnen und Arbeitsgruppen für die Ratifizierung der ILO-Kernarbeitsnormen 87 (Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechtes) und 98 (Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen). Wie schon vorherige Regierungen verspricht auch die amtierende Pheu Thai Regierung eine Ratifizierung dieser Übereinkommen. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung

entsprechende Gesetze verabschiedet, vorausgesetzt, die Regierung bleibt lang genug an der Macht, um entsprechende Reformen umzusetzen.

### Mindestlohn als politisches Projekt

Das Mindestlohngesetz ist aber auch Teil des politischen Projekts der 2001 gewählten Thai Rak Thai (Thais lieben Thais) Partei unter Thaksin Shinawatra. Dieses Projekt wird seit der Wahl von Thaksins Schwester Yingluck Shinawatra mit der in Pheu Thai (Für Thais) umbenannten Partei im Juli 2011 weitergeführt. Dieses Projekt entstand als Antwort auf die Asienkrise von 1997, die das exportorientierte Akkumulationsregime mit zweistelligen Wachstumsraten in den 1980er und 90er Jahren beendete. Die Exporterfolge des alten Wachstumsmodells basierten auf niedrigen Löhnen durch Repression, die aber zunehmend Konkurrenz aus China und anderen asiatischen Niedriglohnländern mit viel höheren Bevölkerungswachstumsraten bekamen. Thaksins Reformprojekt ist daher ein Versuch, die thailändische Wirtschaft und Gesellschaft langfristig wettbewerbsfähig zu machen und gegen Krisen, wie die von 1997, zu immunisieren. Dazu gehört die unternehmerische Aktivierung unproduktiverer Teile der Bevölkerung durch Mikrokredite und andere Entwicklungsstrategien in ländlichen Gebieten. Investitionen in Bildung (neue Berufsschulen und Trainingcenters, öffentlich-private Partnerschaften für berufsorientiertes Lernen), Forschung und Technologie zielen darauf, Thailands Gesellschaft in eine Wissensgesellschaft zu transformieren. Das Arbeitsrecht wurde bisher nicht dahingehend verändert, dass Gewerkschaften und Kollektivverträge eine gerechtere Lohnentwicklung sicherstellen können, denn Wettbewerb wird auch weiterhin durch niedrige Produktionskosten erreicht. Der Umbau zur Wissensgesellschaft nach der Krise von 1997 war aber immer nur Teil einer dualen Strategie.

Neben der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit verfolgt das Thaksin-Projekt auch eine Politik der Stabilisierung und Krisenfestigkeit, gerade nach der anhaltenden globalen Wirtschaftskrise seit 2008. Ein Element dieser Strategie ist die Ausweitung des Binnenmarkts durch öffentliche Investitionen, Anreize für Privatkredite aber auch die kontrollierte Steigerung der Reallöhne. Somit bleibt abzuwarten, ob es sich bei dem Mindestlohn um die für Thaksin typische Mischung aus technokratischer Rationalität und populistischer Politik handelt oder ob die progressiven Kräfte in der thailändischen Regierung und



Forderung nach Mindestlohn war Teil der Rothemden-Bewegung.  
Foto: Luise Weiß

Gesellschaft stark genug sind, um die Machtverhältnisse tatsächlich zu verschieben.

### Der Mindestlohn - eine Chance für MigrantInnen

Gleichzeitig aber ist davon auszugehen, dass die Lohnerhöhung ermutigende Signale an ArbeiterInnen sendet und eine stärkere gewerkschaftliche Organisation zur Durchsetzung ihrer Rechte anregt. Dabei kommt migrantischen ArbeiterInnen eine entscheidende Rolle zu. Es wird geschätzt, dass allein zwei bis drei Mio. burmesische MigrantInnen in Thailands Niedriglohnssektor arbeiten. Der Großteil der Arbeit im Baugewerbe und der fischverarbeitenden Industrie wird inzwischen von MigrantInnen erledigt, da nur noch sehr wenige thailändische ArbeiterInnen bereit sind, für solch niedrige Löhne und unter so schlechten Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Die migrantischen ArbeiterInnen sind besonders und unmittelbar von der neuen Gesetzgebung betroffen, da die reale Differenz zwischen ihren derzeitigen Löhnen und dem neuen Mindestlohn oftmals weit mehr als 100 Prozent betragen kann. Die neuerliche Öffnung Burmas und die Ankündigung der burmesischen Regierung ArbeiterInnen in Thailand bei der Legalisierung ihres Arbeitsaufenthaltes durch die Ausstellung temporärer Reisepässe zu helfen, verstärkt potentiell die rechtliche Situation der burmesischen MigrantInnen in Thailand. Im Juni dieses Jahres konnten MigrantInnen erstmalig den gesetzlichen

Mindestlohn erstreiken. In Mae Sot, einer Grenzstadt zu Burma, traten 323 überwiegend weibliche TextilarbeiterInnen im Mai für drei Wochen in Streik, nachdem sich ihr Arbeitgeber M APPAREL CO.LTD weigerte, ihnen den gesetzlichen Mindestlohn zu zahlen. Der Mindestlohn für die Provinz Tak in der sich die Grenzstadt Mae Sot befindet wurde ab dem 1. April 2012 auf 226 Thai Baht (5,65 Euro) angehoben. Nach Berichten des MAP Foundation verdienten die ArbeiterInnen zwischen 60–100 Thai Baht (1,50–2,50 Euro) inklusive Überstunden. Nach drei Wochen Streik und Vermittlung durch das Labour Protection Office kam es zu einer Einigung auf den gesetzlichen Mindestlohn bei einem Achtstunden-Arbeitstag und einer Sechstage-Woche.

Unter diesen Umständen scheint es nun möglich, dass unabhängig von der Absicht der Regierung ein Prozess in Gang gesetzt wird, der weite Teile der Bevölkerung politisiert und organisiert – auch das wäre ein typischer »Thaksineffekt«.

### Literatur:

- > Jetin, Bruno (2012): Distribution of income, labour productivity and competitiveness: is the Thai labour regime sustainable? In: Cambridge Journal of Economics 2012.